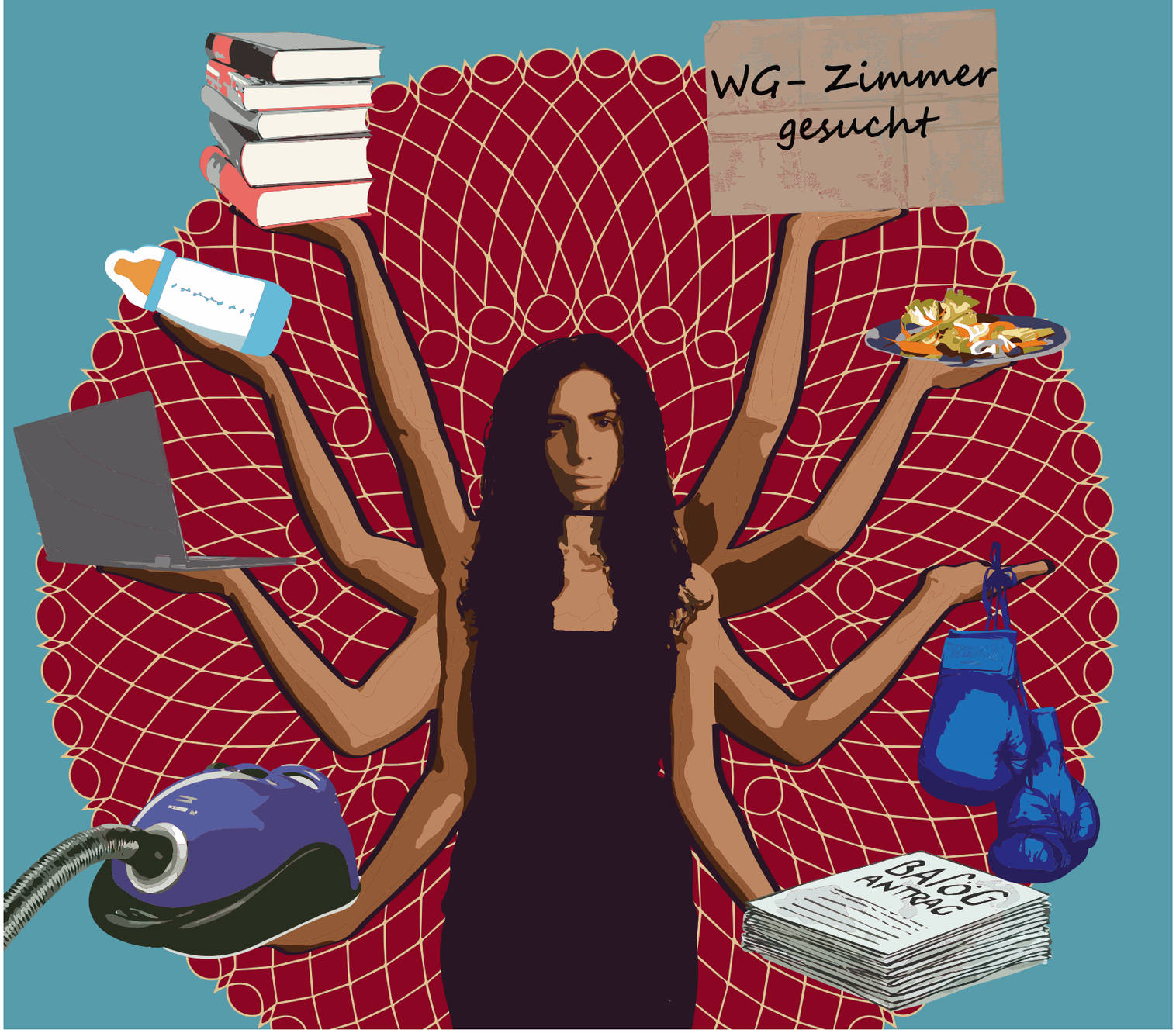
critica

Zeitung von Die Linke.SDS
(Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband)
Ausgabe Nr. 15 / 2015 www.critica-online.de

Lernen am Limit

Studierende und ihr stressiger Alltag



Refugees
Problematische Grenzen und hoffnungsvolle Projekte S. 4-5

Kurdistan
Starke Frauen im Flüchtlingscamp S. 7

Trash-Partys
Was uns an der Musik der 90er bewegt S. 14

Liebe Leserin,
lieber Leser,

wie ihr auf unserem Cover erkennen könnt, gab es einen Durchbruch in der Genforschung. Die ersten studentischen Versuchspersonen können nun dank acht Armen ihr Studium endlich souverän händeln. Alle anderen finden in unserem Special zum Thema „Prekarisierung“ Infos, wie sie sich gegen ihre miese Lage aktiv zur Wehr setzen können (S. 2-3). Wer sich wehrt, ist jedoch in den Augen zahlreicher Autoritäten häufig verdächtig. Wir haben für euch zusammengetragen, welche Formen von Repression es an der Hochschule gibt und was ihr dagegen tun könnt (S. 8-9). Repression gegen Flüchtlinge geht derzeit von der Bundesregierung aus (S. 4). Da man lange warten kann, bis Merkel & Gabriel Flüchtlingen ehrlich helfen, zeigen wir euch, wie ihr an der Uni für Flüchtlinge aktiv werden könnt (S. 5). Sich für Refugees einsetzen kann man auch in Flüchtlingscamps in Kurdistan (S. 7) – eine Region, aus der auch wegen Erdoğan und dem IS viele Menschen zu uns kommen. Die prokurdische Partei in der Türkei ist die feministische HDP. Erfahrt im Interview mit dem Vizevorsitzenden der HDP Berlin mehr über den Konflikt (S. 6). In allen Auseinandersetzungen gibt es immer wieder Siege zu feiern. Gerne mit unseren revolutionären Cocktails (S. 16).

Weil 16 Seiten viel zu wenig sind, um über alle Themen zu schreiben, die wir interessant finden, gibt es die critica auch online:

www.critica-online.de

MACH MIT!

...und werde Redaktionsmitglied. Alles was du dafür tun musst: Schreib eine Mail an info@critica-online.de.

Die Redaktion im Herzen der Bestie

Impressum

critica: Semesterzeitung von Die Linke.SDS Nr. 15/2015
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Redaktion: Carla Dohmwirth, Bettina Gutperl, Alexander Hummel, Jakob Migenda, Sarah Nagel, Malte Pannemann, Sebastian Rave, Ramona Seeger
Layout: Sebastian Rave
Druck: Nordost-Druck, Flurstraße 2, 17034 Neubrandenburg
ViSdP: Bettina Gutperl, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Anzeigen und Bestellungen: info@critica-online.de
www.critica-online.de

Wenn alles zuviel wird

Stress, Angst und Geldsorgen bestimmen den heutigen Studi-Alltag. Doch gemeinsam können wir die Zustände ändern, meint **Daniel Anton**

Rot ist eine sehr bestimmende Farbe in meinem Leben. Es ist die Farbe, in der sich mein Kontostand regelmäßig zwischen Mitte und Ende des Monats einkleidet. Es ist die Zeit, in der ich mir Toastbrot schmiere, statt auswärts zu essen und mir bei Freunden Geld leihe.
Wer dieses „ich“ ist? Das sind immer mehr Studierende in der Bundesrepublik. Sie spüren, dass sie nichts mit dieser nebulös-privilegierten Gruppe zu tun haben, die sich – so immer noch das gängige Bild – auf Kosten anderer in der Gesellschaft durchfuttert, in der Zwischenzeit von Party zu Party hangelt und hin und wieder studiert.
Dieses „ich“ möchte dabei nicht zurück zum Privileg. Es hat einfach mit den gleichen Problemen, Sorgen und Nöten wie ein großer Teil der restlichen, arbeitenden Gesellschaft zu kämpfen: hohe Mieten, schlechte Löhne, Befristung – schlicht die tägliche Erfahrung von Prekarisierung im Studium. Davon ganz zu schweigen, soll dann noch ein Bachelor/Master-Studium durchgepeitscht werden, am besten in der knapp bemessenen Regelstudienzeit. Selbstbestimmtes Studium und Leben sieht anders aus.
Dieses „ich“ ist keine Ausnahmeerscheinung, sondern die Regel. Weil viele kein oder zu wenig BAföG bekommen, gehen zwei Drittel der Studierenden nebenher arbeiten. Und in Uni-Städten wie Freiburg oder Jena geht fast die Hälfte des Einkommens für die Miete drauf.

Studierende leiden unter Dauerstress

Der dadurch entstehende Stress hat Auswirkungen: die Hälfte aller Studierenden in Deutschland leidet unter Dauerstress, jeder fünfte gibt als Hauptsorge finanzielle Probleme an. Genau so viele leiden unter Depressionen und anhaltenden Angstzuständen. Noch belastender wird die Situation für die fünf Prozent, die mit einem Kind studieren. Die Flexibilität, die Unis von Studierenden erwarten, etwa um Sprechstundentermine wahrzunehmen, können sie kaum aufbringen.
Und nach der Uni warten unbezahlte Praktika und befristete Jobs. Nur jede fünfte Person findet in den ersten Jahren nach dem Studium eine unbefristete Arbeit. Als wäre diese Situation noch nicht prekär genug, müssen viele frischgebackene UniabsolventInnen Schulden aus Studienkrediten oder BAföG abstottern.
Die Lage war nicht immer so prekär. Während besonders wegen anwachsender Mieten die Lebenshaltungskosten stiegen, gab es seit 2010 keine BAföG-Erhöhung. Die nächste Erhöhung wird die über Jahre anlaufenden Kostensteigerungen nicht kompensieren können. Gleichzeitig erhielten immer weniger Personen überhaupt BAföG. 2013 wurden nur 18 Prozent der Studierenden gefördert; bei der Einführung vor 40 Jahren waren es mehr als doppelt so viele. Zudem wird es schon lange nicht mehr als Vollzuschuss ausgezahlt, sondern muss zur Hälfte zurückgezahlt werden.
Während in den letzten Jahren immer mehr Studierende an die Hochschulen strömten, wurden die öffentlichen Gelder zur Finanzierung der Hochschulen kaum

Foto: Sebastian Rave

Das kennen Studierende: Bulimielernen am Schreibtisch

erhöht. Nicht zuletzt verhinderte die seit 2011 im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse, dass die Landesregierungen Kredite für die dringend notwendigen Investitionen im Hochschulsektor aufnahmen. Eine emanzipatorische Bildung für Alle ist unter solchen Bedingungen nicht möglich. Stattdessen werden im Rahmen des Bologna-Systems an den Unis massenweise billige Fachkräfte produziert. Aus Sicht der Wirtschaft sollen die „Produktionskosten" der Fachkräfte so gering wie möglich sein. Selbst das vermeintlich wohlhabende „Ländle" Baden-Württemberg sparte unter Grün-Rot letztes Jahr pro Studi 2.000 –2.500 Euro im Vergleich zum Jahr 2000 ein. Das Resultat: überfüllte Seminarräume, weniger Tutorien und „unprofitable" Studiengänge, kürzere Bibliotheksöffnungszeiten.

Die Universität ist heute nur noch manchmal ein Ort der freien Wissensentfaltung. Viel eher sind Hochschulen Orte, an denen primär die Verwertungslogik des Kapitalismus reproduziert wird. Die „Denkfabriken" haben Auswirkungen auf jeden einzelnen Studierenden. Umso notwendiger wird es, sich an der Uni zu organisieren.

„Ich" alleine, werde es sicher nicht schaffen, für ein stressfreies Leben an der Uni zu sorgen. Nur gemeinsam werden wir eine Chance haben, an der Uni und darüber hinaus für ein besseres Leben, eine bessere Bildung und eine bessere Gesellschaft zu kämpfen. Deshalb spielt Rot nicht nur auf meinem Konto, sondern auch politisch eine wichtige Rolle in meinem Leben. Ich bin bei Die Linke.SDS, um mich gegen den Stress an der Uni zu wehren. ★

Daniel ist aktiv für Die Linke.SDS Freiburg und Teil der Kampagnengruppe „Stress an der Uni? Stress die Uni!"

„Betroffen sind alle"

Dr. Thomas Goes ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Soziologischen Forschungsinstitut (SOFI) Göttingen und forscht dort zur Industrie- und Arbeitssoziologie.

critica: Prekarisierung ist ein viel benutzter Begriff. Was verbirgt sich dahinter?

Dr. Thomas Goes: Prekär bedeutet „auf Widerruf" und „unsicher". Im Unterschied zu dem im Nachkriegsboom erkämpften Standard sind solche Arbeitsverhältnisse weniger sicher, weniger sozial und ermöglichen weniger kulturelle Teilhabe. Prekarisierung heißt Ausbreitung von prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen, also Befristung, Zeitarbeit oder Niedriglohn. Je größer die Kapitalmacht, desto prekärer die Arbeits- und Lebenssituation von Lohnarbeitenden.

Was sind die Ursachen dafür und wer ist betroffen?

In den kapitalistischen Zentren endete der Nachkriegsboom um 1970. KapitalistInnen und PolitikerInnen versuchten der neuen Lage beizukommen. In den USA und England kam es zum Sieg der Neoliberalen mit ihren Angriffen auf die Gewerkschaften. In Deutschland gab es den schleichenden Neoliberalismus unter Kohl und den krachenden unter Schröder. Wichtige Maßnahmen sind die Deregulierung der Arbeitsmärkte, mehr Druck auf Erwerbslose und die Verbreitung der Ansicht, dass sich sozial verhält, wer sich möglichst schnell und dauerhaft in den Arbeitsmarkt integriert – um „der Gesellschaft" möglichst nicht „zur Last" zu fallen. Betroffen sind wir alle, weil Prekarisierung auch diejenigen diszipliniert, die noch nicht prekär arbeiten. Und doch: Eher unqualifizierte als qualifizierte, eher Frauen als Männer und eher MigrantInnen als hier Geborene, arbeiten prekär. Allerdings arbeiten an deutschen Universitäten auch viele WissenschafterInnen prekär, im IT- oder Sozialbereich ebenso.

Laut der Sozialerhebung lebt ein Viertel der Studierenden von weniger als 675 Euro im Monat. Ist ihre finanzielle Lage prekär?

Ich denke, dass der Hochschulsektor einen harten neoliberalen Umbauprozess hinter sich hat, der zur Prekarisierung beiträgt. Studierende aus bürgerlichen Familien und Familien der oberen Mittelschicht haben andere Sicherheiten und Möglichkeiten als Studierende aus Arbeiterfamilien. Bildungs- und Berufschancen hängen so auch vom sozialen Background ab - finanzielle Sicherheiten der Familien, geerbte Netzwerke usw. Wichtiger noch ist der Blick auf die Zukunftschancen verschiedener Gruppen: Ingenieure haben es leichter beim Berufseinstieg und im Berufsleben als SozialpädagogInnen oder Kulturschaffende.

Verändern sich Menschen in prekären Lebenssituationen?

Je länger Menschen prekär arbeiten, desto eher verabschieden sie sich vom Glauben, nochmal anders arbeiten und leben zu können. Ihre Ansprüche bleiben jedoch bestehen. Darum sind Frust und Ungerechtigkeitsempfinden unter Prekären weit verbreitet. Daraus können auch Legitimationsprobleme des Kapitalismus entstehen. Aber was daraus politisch wird, hängt auch davon ab, wie Gewerkschaften und organisierte Linke das bearbeiten.

Vielen Dank für das Interview!

Stress an der Uni? Dann stress die Uni!

Die Linke.SDS kämpft mit der Kampagne „Stress an der Uni? Dann stress die Uni!" um konkrete Verbesserungen: Dazu gehört ein elternunabhängiges und unbefristetes BAföG für alle, ein massiver Ausbau von Wohnheimplätzen, eine echte Mietpreisbremse und der Ausbau der öffentlichen Hochschulfinanzierung. Diese Kämpfe nur an der Hochschule zu führen, reicht nicht aus. Die Hochschule ist nicht losgelöst, sondern Teil der bestehenden Gesellschaft und teilt deren Widersprüche und Konflikte. Deshalb wollen wir im Rahmen der Kampagne auch diskutieren, wie das Leben an der Uni ohne Kapitalismus aussehen kann und uns mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen vernetzen. Beteilige dich bei der SDS-Kampagne, sprich mit deinen KommilitonInnen darüber und melde dich bei deiner lokalen SDS-Gruppe.

Illustration: Sebastian Rave

Der Realität angepasst: Das Logo der diesjährigen Einheitsfeierlichkeiten in Frankfurt am Main

Eine Mauer ist eine Mauer ist eine Mauer

Deutschland feiert sich für 25 Jahre grenzenlose Freiheit, die aber aufhört, sobald man den falschen Pass hat.
Jakob Migenda regt das auf

Liebe Angela Merkel, lieber Sigmar Gabriel,

dieses Jahr feiert ihr den Tag der deutschen Einheit mit einem Festakt in Frankfurt am Main, meiner derzeitigen Heimat. Eigentlich müsste ich mich mit eurem Motto „Grenzen überwinden“ identifizieren können. Ich bin in Ostdeutschland geboren und studiere jetzt in Westdeutschland. Doch leider kann ich mich mit diesem Motto kein bisschen anfreunden. Nicht, weil ich der Berliner Mauer so sehr nachtrauere oder mir wieder Grenztote in Deutschland wünsche.
Der Grund ist, dass es heute wieder eine Mauer und Grenztote gibt. Nicht mitten in Deutschland, sondern an der EU-Außengrenze, am Mittelmeer, in Ceuta, oder Ungarn. Aber sind die Mauern weniger menschenfeindlich, wenn sie einige hundert Kilometer weit weg sind? Und sind die Mauertoten dadurch weniger tot? Und sind die Menschen, die diese Mauern heute in Auftrag geben, also ihr und euer ungarischer Amtskollege Orbán, weniger an den Opfern schuld als damals Ulbricht und Chruschtschow? Nein. Eine Mauer ist eine Mauer ist eine Mauer.
Auch wenn ihr euch herausreden wollt, dass ja nicht ihr, sondern Orbáns Regierung in Ungarn diesen Grenzzaun bauen ließ, ist das für mich keine Ausrede. Ihr macht euch mitschuldig. Oder wollt ihr mir ernsthaft erzählen, dass die mächtigste Regierung der EU, die vor ein paar Monaten noch die griechische Regierung zur völligen Aufgabe ihres Programms gezwungen hat, keine Möglichkeit hat, auf Ungarn Einfluss zu nehmen? Nein – hier fehlt es euch am politischen Willen. Denn hier geht es nicht um Geld, sondern „nur“ um Menschen.

Tausende Geflüchtete marschieren nach Österreich

Außerdem verteidigt eure Regierung seit Jahren die Dublin-II-Regelung, nach der Menschen in dem Land Asyl beantragen müssen, in dem sie das erste Mal die EU betreten haben. Deshalb kamen bislang so wenig Geflüchtete ins reiche Deutschland, sondern mussten zum allergrößten Teil im durch Austeritätspolitik notleidenden Süden Europas bleiben. Dass das nicht ewig klappen konnte, müsste euch klar sein – schon in den letzten Monaten haben es immer mehr Menschen geschafft, die Dublin-Hürden zu überwinden und in Europas Norden zu gelangen. Diesen Sommer brach das Dublin-System schließlich völlig zusammen. Zigtausende Geflüchtete wollten nicht länger in unmenschlichen Lagern in Ungarn eingepfercht sein und marschierten zu Fuß nach Österreich. Da musstet auch ihr die Abschottung aufgeben, habt sogar angekündigt, Dublin II zumindest für die Menschen, die vor dem syrischen Bürgerkrieg geflohen sind, auszusetzen.
In diesem Moment hatte ich Hoffnung. Nicht weil ich glaubte, dass ihr aus Überzeugung handeln würdet. Aber ich glaubte für einen Augenblick, dass ihr durch den öffentlichen Druck die Wahrheit akzeptiert hättet, dass sich das reichste Land der EU nicht länger aus der Verantwortung ziehen kann. Ich hatte auch deshalb Hoffnung, weil es bislang kein Bündnis zwischen Mob und Elite gab. Es gab zwar Anschläge auf Geflüchtetenunterkünfte, aber die Medien sprachen sich – anders als in den 90ern – überwiegend für das Asylrecht aus. Selbst die Bild ließ ein paar Tage von ihrer Hetze ab. Und auch von euch kamen zögerlich einige Worte gegen die Gewalt des Mobs. Nur die CSU hetzte unbeirrt weiter, aber das sind wir ja gewohnt.
Doch eure Einsicht dauerte nur drei Tage. Nach dieser kurzen Zeit, in der sich alle gut fühlen durften, weil Deutschland ja ach so hilfsbereit ist, habt ihr die Bundespolizei mobilisiert, um die Grenze abzuriegeln. Jetzt wollt ihr sogar die Möglichkeit, Asyl zu bekommen, fast ganz abschaffen. Während die Nazis „Ausländer raus!“ rufen, wollt ihr die Geflüchteten jetzt mit nicht mehr als einer Fahrkarte und ein wenig Essen zurück in das Land schicken, in dem sie das erste Mal Boden der EU betreten haben. Damit gebt ihr dem Mob recht und betreibt geistige Brandstiftung.
Doch etwas anderes gibt mir Hoffnung: so viele Menschen haben den Glauben an eure Politik verloren und werden nun gegen eure Asylpolitik und für Geflüchtete aktiv. Zusammen werden wir genug Druck erzeugen, damit ihr eure Politik ändert und Asylrecht wieder zu einem Menschenrecht wird.

Besorgte Grüße,

Jakob

Jakob wohnt neben einer Refugee-Unterkunft und fühlt sich trotzdem nicht überfremdet

Aktive Hilfe für Geflüchtete

Fotos: Privat

„Keine Ehrenamtlichen, sondern Freunde“

Yasmin Nahhass begleitet Geflüchtete zu Ämtern

In meiner Heimatstadt Krefeld engagiere ich mich bei der Gruppe „Save-Me“. Wir besuchen Geflüchtete und heißen sie Willkommen. Sie erzählen uns ihre Geschichten und auch, wie ihr Alltag aussieht. Zum Beispiel, dass sich eine Sozialarbeiterin um 100 Familien kümmern musste und sie sich meistens schwer verständigen können.

Wir begleiten Geflüchtete zu Ämtern und ÄrztInnen und helfen ihnen, in der Gesellschaft Fuß zu fassen, beispielsweise durch das Einrichten eines Bankkontos oder beim Einzug in die eigene Wohnung. So begleitete ich einmal einen Geflüchteten aus dem Sudan zum Geldautomaten. Er war total fasziniert und fragte mich, wie es denn sein kann, dass das Geld aus so einem kleinen Ding käme. Er war so begeistert, dass er mehrere Male kleinere Beträge abhob, nur der Faszination halber. Doch mache ich nicht nur gute Erfahrungen: Roma, die aus Balkan-Staaten flüchten, werden meistens direkt abgeschoben, trotz ihres zum Teil miserablen Gesundheitszustandes und der Diskriminierung in ihren Herkunftsländern. Doch wir sind nicht einfach fremde Ehrenamtliche, wir sind Freunde. Mit jeder Abschiebung bricht uns das Herz.

Helfende Hände werden gebraucht

Wer vor Ort helfen möchte, meldet sich am besten bei der Stadtverwaltung und der lokalen Koordination oder erkundigt sich bei Gruppen an der Uni. In Münster, wo ich wohne und studiere, hat sich eine Initiative zur Flüchtlingshilfe gegründet, die stark mit der Kommune zusammenarbeitet. Auch in sozialen Netzwerken wie Facebook und Twitter werden ständig HelferInnen gesucht. Dank Facebook konnte ich bei der Begrüßung von Geflüchteten am Berliner Hauptbahnhof und in der Flüchtlingsunterkunft in Spandau sein. Man lernt schnell Leute kennen, die einen zu den richtigen Stellen bringen. So habe ich Unterkünfte an Geflüchtete vermittelt, die sonst bei der Kälte vor dem Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) hätten übernachten müssen. Tagsüber übersetze ich dann, damit der Asylantrag schnellstmöglich abgewickelt werden kann. ★

„Wir leisten Starthilfe“

Peter Spieß gibt Geflüchteten Deutschunterricht

Seit 2013 bin ich bei „tun.starthilfe“. Eine Freundin, die Mitgründerin dieses Projektes ist, bat mich um Mithilfe. Entstanden ist dieses Projekt 2012, weil drei Studierende den Geflüchteten in einem Eichstätter Nachbardorf Deutschunterricht geben wollten. Ziel ist es, den Geflüchteten in den dezentralen Unterkünften „Starthilfe“ zu geben.

Dies geschieht primär durch die Vermittlung der deutschen Sprache, denn das Beherrschen der Landessprache ist die zentrale Grundlage, um sich hier zurechtzufinden. Wir kooperieren eng mit den freiwillig Helfenden aus den jeweiligen Ortschaften. Nur so schaffen wir Studierende es, die vielen Geflüchteten zu unterrichten. Die für die Sprachvermittlung verwendeten Materialien erstellen die Studis selbst.

Während des Semesters organisieren wir Unterricht im Rahmen eines studentischen Freimoduls. Dabei können Studierende in Zusammenarbeit mit der Uni selbst Module ausarbeiten und sich diese offiziell anrechnen lassen. Im Rahmen des Moduls gibt es die Aufgabenbereiche Deutschunterricht, Botschafter – damit ist die Beratung der freiwillig Helfenden gemeint –, Organisation und Presse/Kommunikation. Neben der Sprachvermittlung und der Beratung der Freiwilligen betreiben wir Aufklärungsarbeit, arbeiten mit Behörden und anderen Hilfseinrichtungen zusammen und unterstützen Deutschlehrkräfte an der Erstaufnahmeeinrichtung in Eichstätt.

Während der Semesterferien haben wir ein etwas anderes Konzept: Die Sprachschulen. Die Übungen finden dann nicht in dezentralen Unterkünften statt. Stattdessen holen wir für zwei Wochen alle teilnehmenden Geflüchteten nach Eichstätt. Dort bieten Helfende für sie Deutschunterricht, Mittagsverpflegung, gemeinsame Nachmittagsgestaltung und Kinderbetreuung an. Das Projekt „tun“ wuchs schnell: Am Modul im Sommersemester 2015 nahmen ca. 120 Personen teil, die Sommerschule besuchten dieses Jahr ca. 400 Geflüchtete. Vom Flüchtlingsrat Nordrhein-Westfalen wurde „tun“ als Best-Practice-Beispiel ausgewählt. Das Interesse überregionaler Medien ist gewaltig. Und andere Universitäten haben bereits Interesse angemeldet, ähnliche Projekte zu starten. ★

„Ein Uni-Zugang für Geflüchtete“

Elisabeth Kula kämpft für den GasthörerInnenstatus

In Marburg bin ich im AStA aktiv. Dort hatten wir vom erfolgreichen Lüneburger Modell erfahren: Ehrenamtliche studentische MentorInnen begleiten Geflüchtete in universitäre Veranstaltungen und bringen ihnen Hochschulstrukturen näher. Die Vermittlung zwischen MentorInnen und Geflüchteten übernimmt der AStA. Ein solches Modell wollten wir auch in Marburg. Nachdem wir uns beim AStA Lüneburg über die praktische Umsetzung erkundigt hatten, war die entscheidende Hürde vor Ort, die anderen Statusgruppen der Universität von unserer Idee zu überzeugen. Wir fragten zunächst bei der Unileitung nach, ob sich die Universität ein solches Projekt vorstellen könnte. Nachdem die Resonanz spontan sehr gut war, wurde eine thematische Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die sowohl StudivertreterInnen als auch das Uni-Präsidium und andere Statusgruppen umfasst.

Aufenthaltsstatus als Hindernis

Alle Ampeln scheinen seitdem auf Grün für eine Möglichkeit des Gasthörens für Geflüchtete zu stehen. Besonders schnell kann wohl die Öffnung des Studienkollegs umgesetzt werden. Dort können Studis des Fachs „Deutsch als Fremdsprache“ einspringen, falls das bisherige Kursangebot nicht ausreicht. Um einen GasthörerInnenstatus zu erlangen, sind allerdings restriktive rechtliche Hürden zu überwinden. So muss der Aufenthaltsstatus final geklärt sein. Dies ist beispielsweise für Geflüchtete aus Afghanistan und Pakistan ein scheinbar unüberwindbares Hindernis: Sie warten oft jahrelang auf eine abschließende Bewertung ihrer Asylanträge. Doch an diesem Problem arbeiten wir gerade. Wenn ihr ein ähnliches Projekt an eurer Uni anstoßen wollt, solltet ihr zunächst progressive Gruppen an der Uni mit ins Boot holen, um schließlich auch Präsidium und den Rest der Hochschule davon zu überzeugen. Ob diese bisher schon zu dem Thema gearbeitet haben, ist nicht so entscheidend. Packt es einfach an – die Chancen stehen gut! ★

„Wir wollen noch stärker werden“

Die linke HDP (Demokratische Partei der Völker) bereitet sich auf die Neuwahlen in der Türkei am 1. November vor. critica sprach mit **Erkin Erdoğan**, dem Ko-Vorsitzenden der HDP Berlin, über Wahlerfolge, die türkische Regierung und Anschläge auf Wahlkampfbüros.

Erkin Erdoğan ist Ko-Vorsitzender der HDP Berlin. Er lebt seit drei Jahren in Deutschland und promoviert in Hamburg. Die HDP Berlin hat rund 400 Mitglieder.

critica: Was war deine Motivation, in der HDP aktiv zu werden?
Erkin Erdoğan: Die HDP ist aus der kurdischen Bewegung entstanden und hat es geschafft, kurdische und linke Themen in der ganzen Türkei zu verbreiten. Die kurdische Bewegung hat zusammen mit sozialen Bewegungen, feministischen, LGBT [Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Anm. d. Red.], ökologischen und später auch alevitischen Gruppen eine neue linke Bewegung hervorgebracht. Das hat in sehr kurzer Zeit eine große Energie in der Linken freigesetzt. Ich habe gedacht, die HDP ist jetzt der richtige Ort, um Politik zu machen.

Die HDP war sehr erfolgreich bei den letzten Wahlen im Juni 2015. Wie habt ihr es geschafft, so viele Unterstützerinnen und Unterstützer zu gewinnen?
Der Erfolg der letzten Wahl war eine Fortsetzung des Erfolgs bei der Präsidentschaftswahl 2014. Dort bekam der Kandidat der HDP über neun Prozent der Stimmen. Das Erfolgsgeheimnis der HDP ist das Wahlprogramm selbst. Die HDP greift darin die Forderungen der sozialen Bewegungen auf. In der Türkei haben wir ein sehr zentralistisches Regierungssystem. Dagegen sind die Grundprinzipien der HDP Selbstverwaltung und Autonomie. Das ist schon lange eine Forderung in kurdischen Regionen, aber wir weiten sie auch auf den Westen der Türkei aus. Die HDP vertritt außerdem Themen, die in der Mainstream-Politik kaum vorkommen, wie Feminismus und die Diskriminierung von LGBT.

Während des Wahlkampfs gab es verschiedene Repressionen gegen die HDP bis hin zu Anschlägen auf Wahlkampfbüros. Wie habt ihr als Partei diese Repressionen erlebt?
Auf der einen Seite gab es gewalttätige Anschläge von Seiten der extremen Rechten. Diese wurden nicht vollständig aufgeklärt. Wir wissen nicht, wer hinter der Organisation und Logistik dieser Anschläge steckt. Es ist die politische Verantwortung der Regierung, diese Taten aufzuklären. Andererseits haben die regierungsnahen Medien versucht, die HDP als Terrororganisation zu kriminalisieren. Es wurden auch homophobe und sexistische Kampagnen gegen homosexuelle Kandidatinnen und Kandidaten geführt, um die HDP bei der konservativen Wählerschaft zu diskreditieren. Es war die Strategie der Regierungspartei AKP, die HDP im Wahlkampf zu schwächen, damit sie die 10-Prozent-Hürde nicht schafft. Wir glauben, dass die gezielte Desinformation von Seiten der Regierung letztlich den Weg für die gewalttätigen Ausschreitungen geebnet hat.

Die Friedensverhandlungen zwischen der PKK und der türkischen Regierung wurden Ende Juli abgebrochen. Wie beeinflusst das das Leben der Menschen vor Ort, insbesondere in Kurdistan?
In einigen Städten, unter anderem in Diyarbakir, wurde teilweise Kriegsrecht verhängt und es gibt militärische Maßnahmen. Das schränkt die bürgerlichen Freiheiten der Bevölkerung erheblich ein. In einigen Stadtteilen ist es nicht erlaubt, rauszugehen, weil die Regierung sagt: „Terroristen sind hier und wir könnten Leute töten“. Die politische Antwort der kurdischen Bewegung war, in einigen Städten ihre Autonomie zu erklären. Die Aufgabe der Friedensverhandlungen hat nicht nur Angriffe auf Guerrillakämpferinnen und -kämpfer zur Folge, sondern auch Angriffe auf die Zivilbevölkerung. Die Regierung will der kurdischen Bevölkerung auf diese brutale Weise klarmachen, dass nur die AKP für Frieden sorgen kann.

Was müsste passieren, damit die Friedensverhandlungen wieder aufgenommen werden?
Erstmal möchte ich sagen, dass die Friedensverhandlungen das Ergebnis eines sozialen Kampfs waren, einer Massenmobilisierung der kurdischen Bevölkerung, und nicht die Idee der Regierung. Die Regierung hat den Krieg als Option viele Male gewählt, aber ein militärischer Sieg über die PKK war nicht möglich. Um die Friedensverhandlungen fortzusetzen, sollte die HDP bei den nächsten Wahlen noch stärker werden. Unser Ziel ist es, 20 Prozent zu bekommen.

Es wird Neuwahlen am 1. November geben. Wie bereitet ihr euch auf diese Wahl vor?
Wir haben jetzt eine Kriegssituation. Entsprechend sind die Kurdenfrage und die Friedensverhandlungen wichtige Themen. Das letzte Wahlergebnis war wichtig für die Linke in der Türkei, weil es uns Selbstvertrauen gegeben hat. Ich bin optimistisch, dass wir wieder ein gutes Ergebnis erzielen können. Wir bekommen jetzt noch mehr Unterstützung aus dem Westen der Türkei.

Warum ist es für die HDP wichtig, in Deutschland vertreten zu sein?
In Deutschland leben 1,4 Millionen wahlberechtigte türkische Migrantinnen und Migranten. Bei den letzten Wahlen haben 35 Prozent von ihnen ihr Stimmrecht genutzt. Die HDP war die zweitgrößte Partei bei der türkischen Wählerschaft in Deutschland. Viele Menschen wissen gar nicht, dass sie von Deutschland aus an den Wahlen teilnehmen können, und auch sie möchten wir erreichen.

Was kann die Linke in Deutschland von der HDP lernen?
Die HDP als vereintes radikales linkes Projekt beweist, dass wir etwas bewegen können, wenn wir zusammen gegen den Neoliberalismus kämpfen. Wir haben zudem Quoten für LGBT und Menschen mit Behinderungen. Das könnte eine Inspiration für andere linke Gruppen sein. Der Kampf der HDP ist aber nicht nur in der Türkei relevant, sondern auch hier in Deutschland. Einwanderinnen und Einwanderer in Deutschland sind unterdrückt und gehören meistens zur Arbeiterklasse. Es ist wichtig, dass die Linke in Deutschland solidarisch mit der HDP ist und mit Migrantinnen und Migranten zusammenarbeitet.

Danke für das Interview!

Das Interview führte Carla Dohmwirth ★

Foto: CC BY 2.0, Julia Buzaud

Kurdische Frauen feiern das Wahlergebnis der HDP

„Wir können noch viel lernen“

Melanie Küpper hat in einem Flüchtlingscamp mit yezidischen Frauen gearbeitet. Sie berichtet von der Situation vor Ort – und was wir von der kurdischen Frauenbewegung lernen können.

Ich arbeite als Kunsttherapeutin und bin im kurdischen Frauenbüro Ceni aktiv. Im August habe ich zwei Wochen in einem Flüchtlingscamp bei Süleymaniye gearbeitet. Eigentlich hatte uns der yezidische Frauenrat Shengal, der sich vor einem halben Jahr gegründet hat, als Traumatherapieteam nach Shengal eingeladen. Die Einreise in das Gebiet wurde von der Barzani-Regierung, die die kurdischen Gebiete im Irak kontrolliert, aber nicht gestattet. Deshalb haben wir schließlich im Flüchtlingscamp Abat mitten in der Wüste mit Frauen gearbeitet. In diesem Camp leben 2000 yezidische und 5000 arabische Flüchtlinge, es wird von Peschmerga-KämpferInnen bewacht. Die Situation dort ist sehr prekär. Es gab oft zu wenig Lebensmittel und Trinkwasser, Willkür war an der Tagesordnung. Zum Beispiel wurde immer mittags bei 50°C der Strom abgestellt, sodass die Ventilatoren nicht mehr liefen. Die Versorgung ist von Hilfsorganisationen abhängig, staatliche Leistungen gibt es für die Flüchtlinge nicht. Dazu kommt, dass yezidische Familien häufig Angst vor anderen Flüchtlingen haben, weil sie weitere IS-Angriffe fürchten. Wir hatten gehört, dass sich auch Kämpfer des IS im Camp aufhielten, was sich durch eine Passkontrolle bestätigte. Viele der YezidInnen dort sind stark traumatisiert. Ein Mädchen war zum Beispiel selbst in IS-Gefangenschaft, andere sind in die Berge geflüchtet und haben dort tagelang ausgeharrt. Viele Kinder sind währenddessen gestorben, weil es keinen Zugang zu Trinkwasser gab.

Zu Beginn haben wir mit den Frauen diskutiert und gefragt, welche Angebote sie benötigen. Bei der konkreten Arbeit ging es vor allem darum, Stabilisierungsübungen zu machen und Solidarität in der Gruppe aufzubauen. Für mich war es beeindruckend zu sehen, wie die Frauen zu sich gefunden haben und eine starke Gruppe geworden sind. Ein Mädchen namens Nesrin, die selbst in IS-Gefangenschaft war, war anfangs sehr zurückgezogen. Später ist sie mit jedem Tag offener geworden, hat ihr Kopftuch abgelegt, immer schönere Kleider angezogen und ihre Erfahrungen mit der Gruppe geteilt, um andere zu unterstützen. Bereits während der Gefangenschaft hat sie gekämpft, sich ein Handy besorgt und immer wieder versucht zu fliehen. Die Frauen sind sehr stark und sehen sich nicht in der Opferrolle. Fast alle wollen zurück nach Shengal. Dass alle nach Europa wollen, wie oft behauptet wird, stimmt so nicht. Noch ist Shengal jedoch nicht vollständig befreit. Während der Reise wurde mir auch deutlich, dass es keineswegs eine einheitliche kurdische Sichtweise gibt, sondern eher einen Flickenteppich unterschiedlicher Kräfte und Ansichten.

Solidarität lernen

Über die kurdische Frauenbewegung ist durch die Situation in Kobanê viel berichtet worden, weil es in den Strukturen eine Frauenquote gibt und auch Frauen kämpfen. Dabei hat diese Bewegung eine lange Tradition und es gibt sie auch an vielen anderen Orten. Es geht längst nicht nur darum, dass Frauen in Einheiten kämpfen, sondern um die Durchsetzung von Rechten auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen. Ich denke, wir sollten als linke Bewegung unseren eurozentristischen Blick ablegen, denn wir könnten viel von der Bewegung lernen – zum Beispiel, sich Räume einfach zu nehmen, sich zusammenzuschließen zu Frauengruppen und Frauenvereinen. Gerade in der linken Bewegung in Deutschland sind Frauen marginalisiert. Es gibt starke, aber wenige Frauen. Auch Ideen wie die Selbstverwaltung und Basisdemokratie versucht die kurdische Bewegung konkret umzusetzen. Wir sollten uns fragen, was das für uns in Europa bedeuten kann. Ich merke unter Aktiven in Deutschland oft, dass man sich gegenseitig sehr kritisch beobachtet. Der Umgang in der kurdischen Frauenbewegung ist wohlwollender, solidarischer. Das hat mich sehr inspiriert. Es ist auch der Wunsch der kurdischen Frauenbewegung, mehr international zusammenzuarbeiten – da ist noch viel Spielraum, sich gemeinsam zu engagieren. ★

Melanie arbeitet im kurdischen Frauenbüro Ceni in Düsseldorf und ist aktiv in der Interventionistischen Linken

ANZEIGE

Die repressiv

Fast jede Universität vermarktet sich damit, da
Denken verpflichtet fühle. Einige, wie die „Frei
nis sogar im Namen. Dem entgegen steht eine
lässt, sowie eine teils versteckte, teils offene U
geht die Repression von der Unileitung au
mischt auch der Verfassungsschutz mit. Fü
ders verdächtige soziale Gruppe, die ver
werden muss. Mittel dafür sind die Ve
zur Kriminalisierung studentischer P
Kaleidoskop erfahrt ihr mehr über
Engagement – und was ihr dagege

Nach Kritik folgt die Exmatrikulation

Es ist die ultimative Drohung für alle Studierenden: die Exmatrikulation. Sie bedeutet mindestens das vorläufige Ende eines Lebensabschnitts. Für viele bricht eine Welt zusammen. Beispiele, wo Studierende wegen ihres politischen Engagements ihren Studienplatz verloren haben, sind Einzelfälle, aber es gibt sie. Am häufigsten trifft es Langzeitstudierende, die sich über Jahre oder sogar Jahrzehnte für ihre KommilitonInnen engagiert haben. Den Unileitungen wurden sie irgendwann zu lästig, weshalb diese auf Höchstsemesterzahlen in den Studienordnungen hinwirkten, wonach die engagierten Langzeitstudierenden exmatrikuliert wurden.
Ein besonders krasser Fall ist der des Studenten Marcel Kallwass. Marcel absolvierte ein Studium in Mannheim bei der hauseigenen Hochschule der Bundesagentur für Arbeit. Parallel zu seinem Studium betrieb er den Blog „Kritischer Kommilitone“, wo er Sanktionen gegen Arbeitslose kritisierte. Außerdem verteilte er Flyer und schickte diese über die hochschuleigenen Mail-Verteiler. Der Arbeitsagentur passte dies nicht und feuerte nach drei Abmahnungen Marcel, womit dieser auch seinen Studienplatz verlor.

Was dagegen tun: Engagiert euch in den Studien- und Prüfungsordnungskommissionen und geht dort konsequent gegen jegliche Reglungen, die zu einer zwangsmäßigen Exmatrikulation führen können, vor. Denn Studieren lässt sich in kein Schema pressen.

Flyern und plakatieren verboten

Wer sich an der Uni engagiert, muss seine KommilitonInnen darüber informieren. Sei es über das eigene Gruppentreffen, einen öffentlichen Vortrag oder die geplante studentische Vollversammlung. Auch im digitalen Zeitalter ist man dafür auf Flyer und Plakate angewiesen. Studis, die nicht informiert werden, fangen gewöhnlich erst gar nicht an, sich zu engagieren. So wird ein Flyerverbot schnell zum Sargnagel für das studentische Leben am Campus.
Plakatierverbote gibt es an vielen Unis, teils sind die Unileitungen verantwortlich, teils werden sie auch von den Studierendenwerken beschlossen. Oft werden ausgelegte Flyer vom Hausmeister weggeschmissen. In Würzburg wurde nach einem Anruf des bayrischen Staatsschutzes bei der Universitätsleitung sogar der Infostand des SDS verboten, da dieser angeblich verfassungsfeindlich wäre.

Was dagegen tun: Findet zuerst heraus, in welchem Umfang andere an eurer Uni betroffen sind. Schließt euch mit diesen zusammen und skandalisiert die Situation. Fordert öffentlich und in Gesprächen mit Verantwortlichen ein Ende der restriktiven Regeln. Spätestens wenn ihr eine Stimmung erzeugt habt, die auf eurer Seite ist, solltet ihr euch kollektiv und koordiniert über die Regeln hinwegsetzen.

Proteste werden kriminalisiert

Viele Hochschulleitungen wünschen sich Studierende, die weder nach links noch rechts schauen, damit diese möglichst schnell ihren Abschluss machen. Studi-Proteste stören da nur, insbesondere wenn sie sich gegen die Hochschulleitung selbst richten. Oft werden deshalb Proteste kriminalisiert. So geschehen Anfang 2013 an der FU Berlin. Als der dortige Akademische Senat eine repressive, Exmatrikulationen vereinfachende Rahmenstudien- und Prüfungsordnung verabschieden wollte, mobilisierte der Universitätspräsident ein massives Polizeiaufgebot aus drei Hundertschaften. Diese riegelten das komplette Tagungsgebäude ab. Die Botschaft, die ein solches Polizeiaufgebot an die Öffentlichkeit sendet, ist klar: Studierende sind gefährlich und kriminell. Protest wird so delegitimiert und Protestierende werden eingeschüchtert. Beim Bildungsstreik, bei dem 2009 270.000 Studierende bundesweit auf die Straße gingen, führte die Kriminalisierung zu einem Eintrag im Verfassungsschutzbericht. Als Studis letzten November in Würzburg gegen einen Infostand der Bundeswehr bei einer Jobmesse protestierten, wurde sogar die Militärpolizei der Bundeswehr gerufen, die dann mit vier Einsatzfahrzeugen präsent war.

Was dagegen tun: Verzerrenden und falschen Darstellungen der eigenen Proteste solltet ihr stets öffentlich widersprechen. Gegen kriminalisierende Behörden- und Polizeimaßnahmen kann häufig geklagt werden. Das ist mit viel Aufwand verbunden, der sich aber meistens lohnt. Denn solche Klagen haben oft Bedeutung über den Einzelfall hinaus, schaffen Öffentlichkeit und können die Repression wirksam skandalisieren. In solchen Fällen solltet ihr euch an die Rote Hilfe wenden. Die Organisation steht an der Seite aller progressiven Kräfte, die kriminalisiert oder politisch verfolgt werden und kann meist einen Anteil der Gerichtskosten übernehmen.

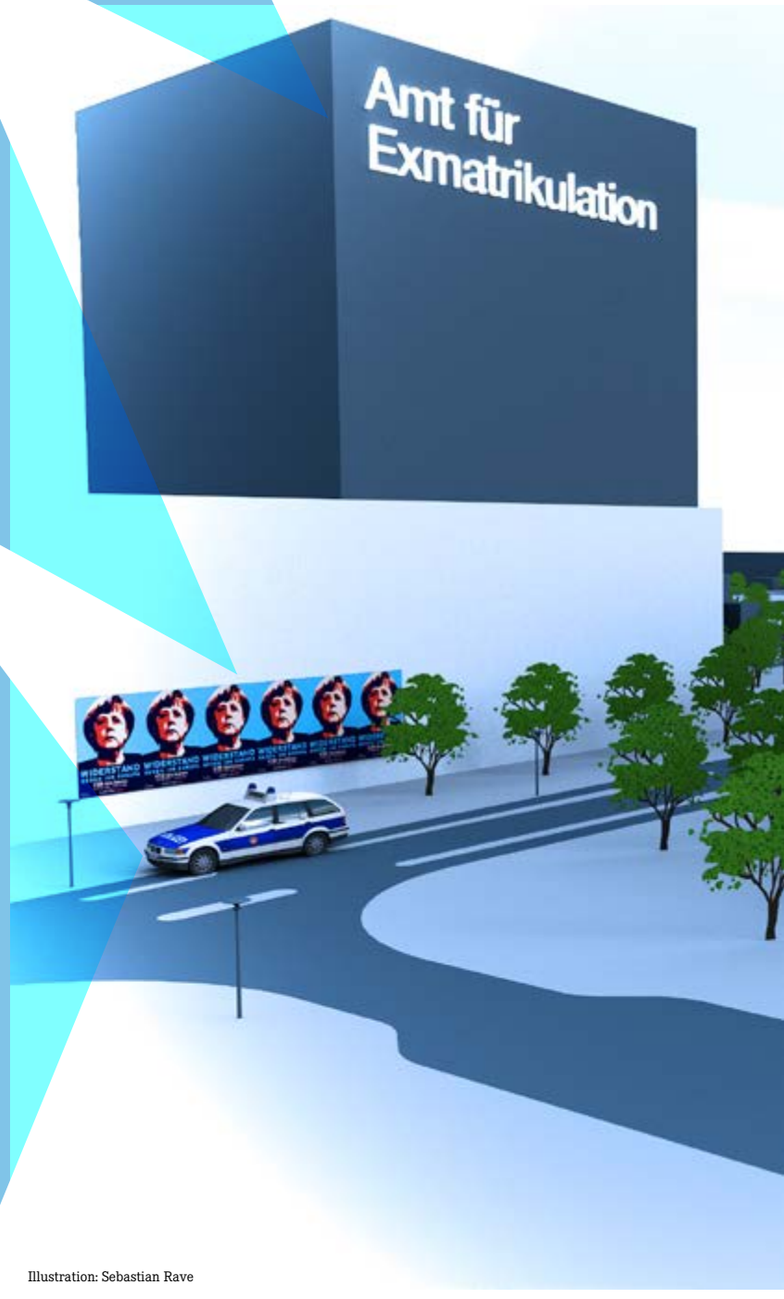


Illustration: Sebastian Rave

re Universität

ass sie sich dem freien, kritischen oder lebendigen
e Universität Berlin“, tragen dieses Selbstverständ-
Uni-Wirklichkeit, die immer geringere Freiräume
Unterdrückung studentischen Engagements. Meist
s, oft wird dafür die Polizei zu Hilfe geholt, teils
ür all diese Akteure sind Studierende eine beson-
rstärkt überwacht, kontrolliert und diszipliniert
rweigerung von Räumen, Flyer-Verbote bis hin
Proteste und der Exmatrikulation. In unserem
r Formen der Repression gegen studentisches
n tun könnt. Von **Alexander Hummel**

Unter Überwachung

An immer mehr Universitäten werden Studierende von einem umfangreichen Überwachungsapparat beobachtet. Angefangen bei einfachen Videoüberwachungen über private Sicherheitsdienste, die über den Campus patrouillieren, bis hin zu verdeckten ErmittlerInnen und VerfassungsschutzmitarbeiterInnen. Videoüberwachung ist ein sehr beliebtes Mittel deutscher Hochschulen. So installierte die Hochschule Aachen 2005 150 Kameras in ihren Räumen. Große Unis greifen häufig auf private Sicherheitsdienste zurück – solche gibt es etwa in Frankfurt, Bochum und Berlin. Immer wieder kommt es zu Fällen, in denen private Sicherheitsdienste Studierenden eigenmächtig Platzverweise ausstellen oder flyernde Hochschulgruppen kontrollieren. Im Zeitraum von 2010 bis 2014 gaben alleine die Hochschulen in Sachsen 10,5 Millionen Euro für private Sicherheitsdienste aus.

Krass ist der Fall des verdeckten LKA-Ermittlers Simon Brenner. Dieser spähte über knapp ein Jahr die Heidelberger studentische und linke Szene aus. Ein wesentlicher Fokus seiner Aktivität war der SDS, wo er Freundschaften schloss und viele Abende in Privatwohnungen verbrachte. Nach seinem Einsatz wurde in den Räumen der Studierendenvertretung eine Abhörwanze gefunden. 2015 wurde der Einsatz des Spitzels dann vom Verwaltungsgericht Karlsruhe nachträglich für unrechtmäßig erklärt. Ein noch krasserer Fall ereignete sich in Hannover um die Jahrtausendwende. Dort hatte sich die Verfassungsschutzmitarbeiterin Kirsti Weiß für ein Sozialwissenschaftsstudium eingeschrieben und war dann zwischen 1999 und 2001 sogar Öffentlichkeitsreferentin des AStA.

Was dagegen tun: 2007 hat das Verwaltungsgericht Münster entschieden, dass Videoüberwachung nur unter sehr engen Voraussetzungen an der Uni erlaubt ist. Auch in Berlin und Paderborn konnte über Klagen eine Reduzierung der Videoüberwachung erreicht werden. Wenn eure Uni Videoüberwachung nutzt, solltet ihr sie mit Verweis auf bestehende Urteile zu einer Aufgabe dieser drängen. Wenn das nicht klappt, kann mit guten Erfolgsaussichten geklagt werden. Um das individuelle Klagerisiko zu reduzieren, lohnt sich der Weg über eure Studierendenvertretung (AStA/StuRa). Auch gegen verdeckte ErmittlerInnen und sonstige Bespitzelungen könnt ihr klagen, die Erfolgsaussichten sind seit dem Urteil in der Sache Brenner gut.

Keine Räume für Studierende

Gruppen ohne Räume können keine öffentlichen Veranstaltungen durchführen und sich schlimmstenfalls überhaupt nicht treffen. Werden Räume konsequent Gruppen einer politischen Richtung verweigert, wird die Meinungsvielfalt eingeengt. Sind alle politischen Gruppen von dem Problem betroffen, wird der Campus systematisch entpolitisiert. Sind neben politischen Gruppen auch kulturelle oder religiöse Gruppen betroffen, wird studentisches Leben als Ganzes verhindert.

An der FU Berlin wurden bereits Räume für eine Veranstaltung mit Gregor Gysi verweigert. Auch eine Veranstaltung zu Menschenrechten, organisiert vom dortigen AStA, bekam keine Räume. In Bochum bekommen nur registrierte Gruppen Räume. Neue Gruppen werden aber nicht registriert. In Heidelberg müssen manche Fachschaften ihre Räume vom Institut anmieten. Das Landeshochschulgesetz Baden-Württemberg, das der Universität vorschreibt, Räume Studierenden unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, wird einfach ignoriert. In Freiburg wurden die Räume der Studierendenvertretung am 30. April 2015 stundenlang wegen eines angeblich gefährlichen Konzerts von der Polizei gesperrt.

Was dagegen tun: Je nachdem mit wem man es zu tun hat, kann ein klärendes Gespräch mit der richtigen Person helfen, doch in den meisten Fällen hilft nur die Konfrontation: Skandalisiert die Raumverweigerung, organisiert Demonstrationen gegen die restriktive Uni-Politik, besetzt die Räume aus Protest, klagt gegen die Raumverweigerung der Uni.

Selbstvertretung verweigert

Stellt es euch vor: anstatt von euren engagierten KommilitonInnen, die ihr in ein Parlament oder einen Rat wählen könnt, werdet ihr nur von einer Person vertreten. Diese Person ist zudem kein Studi und als wäre es noch nicht schlimm genug, auch noch der Rektor. Klingt absurd, ist aber Alltag in Bayern. Bayern ist das einzige Bundesland ohne Verfasste Studierendenschaft. Einen AStA oder einen Studierendenrat gibt es dort nicht.

Ein Semesterticket mit den örtlichen Verkehrsbetrieben lässt sich ohne Studivertretung aber nicht aushandeln. Auch eine unabhängige und unentgeltliche studentische Rechtsberatung gibt es nicht. Von den Studierenden selbstverwaltete Cafés mit günstigen Preisen könnt ihr auch vergessen.

Was dagegen tun: Bildungsstreik organisieren, dabei die Einführung der Verfassten Studierendenschaft fordern und die demokratiefeindliche Union aus der Landesregierung jagen. In Baden-Württemberg hat das so funktioniert. 2009 gab es den Bildungsstreik, 2012 den Regierungswechsel und 2013 die Verfasste Studierendenschaft.

„Sonst baut man keinen Druck auf“

Kim Brauer konnte Streiks lange Zeit nichts abgewinnen. Bis er merkte, wie wichtig sie sind

Foto: Jonas Priester (CC BY-ND 2.0)

ErzieherInnen streiken für höhere Löhne

Es nervt! Gerade heute, wo ich an der Uni ein Referat mache, müssen die Bahn-Angestellten schon wieder streiken. Warum tun die das? Damit nehmen sie doch eine ganze Gesellschaft in Geiselhaft. Und ich? Ich stehe hier am Bahnhof und warte wieder darauf, dass der Zug kommt.

Es ist wie gestern. Meine Freundin wollte ihre Tochter in den Kindergarten bringen, aber auch die Erzieherinnen streikten. Wieder das gleiche mit dem Film, den ich mir bei Amazon bestellt habe. Erst streikte die Post, dann streikten die Angestellten von Amazon. Auf das Paket mit dem Film warte ich bereits eine halbe Ewigkeit. Immer erzählt man mir, es gehe um diesen merkwürdigen Tarifvertrag. Irgendwas muss dahinterstecken, dass Menschen so energisch dafür streiten.

Nur so viel Geld, wie nötig

Ich möchte mich erst einmal kurz vorstellen: mein Name ist Kim. Ich habe weder ein Haus, noch viel Geld, noch bin ich ein Firmenchef. Das einzige, was ich besitze, ist meine Arbeitskraft und die verkaufe ich, um vernünftig leben zu können. Ich will einfach nur ein gutes Gehalt und das bekomme ich auch. Ich studiere ja auch, um ein besseres Gehalt als andere zu bekommen. Bis vor kurzem dachte ich, dass das ganz automatisch passiert. Aber dann habe ich mit meinem Chef verhandelt. Ich erzählte ihm, dass ich im Ausland war, dort tolle Erfahrungen gesammelt habe und wahnsinnig fleißig bin. Aber trotzdem hat er mir gesagt, dass ich nur so viel bekomme, wie er zu zahlen bereit ist. Dass er mir nur so viel zahlen möchte wie er muss, ist mir erst nach dem Gespräch aufgefallen. Ich hasse es, zu betteln – doch genau so kam es mir vor. Auch weil mein Chef sagte, ich könne ja selbst entscheiden, ob ich für ihn arbeiten möchte. Schließlich gebe es viele andere, die sonst den Job machen würden.

Als ich mit meinen Arbeitskolleginnen und Arbeitskollegen über mein missglücktes Verhandlungsgespräch redete, kamen wir auf die Themen Gewerkschaften und Tarifverträge. Da wurde mir einiges klarer. Das mit der Gehaltserhöhung passiert eben nicht von selbst. Zwar gibt es meistens gesetzliche Regeln, aber die werden oft umgangen. Die Gewerkschaften verhandeln mit den Arbeitgebern für mich konkrete Punkte aus, an die sich auch der Arbeitgeber halten muss. Meist liegen sie über den gesetzlichen Mindestbestimmungen – ein klarer Vorteil für mich. Jetzt verstehe ich auch, warum sich so viele Menschen für einen Tarifvertrag einsetzen und warum sie für ihre Arbeitsbedingungen kämpfen.

Telefonterror an freien Tagen

Und irgendwie nervt die tägliche Arbeit viel mehr als die gelegentlichen Streiks. So wie bei meiner Freundin, die in der Uni-Klinik arbeitet. Sehr oft wird sie arbeitsbedingt angerufen – auch wenn sie frei hat! Das liegt daran, dass es durch die vielen Einsparungen an Arbeitskräften in der Pflege fehlt. Wirklich glücklich ist sie damit nicht, aber was soll sie tun? Es ist wie bei den Angestellten der Bahn. Die werden auch ständig aus ihren freien Tagen geholt weil es zu wenig LokführerInnen und SchaffnerInnen gibt. Noch schlimmer ist es in der Leiharbeit, wo die Leute nur geholt werden, wenn sie gebraucht werden. Diese Menschen haben kaum Planungssicherheit in ihrem Leben. Aber es geht noch schlimmer: manche Arbeitgeber versuchen, Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld als Angestellte einzustellen, um so zusätzlich Subventionen für den Lohn zu kriegen.

Tarifverträge schaffen da wenigstens ein bisschen Sicherheit für die Angestellten. Und für diese Tarifverträge müssen sie eben streiken. Klar tut das den Arbeitgebern weh, aber anders baut man auch keinen Druck auf. Dann verändert sich auch nichts. Warum sollten sie denn auch ohne Druck handeln? Das ist ja auch wichtig für die Demokratie – alle müssen mitentscheiden, nicht nur die Arbeitgeber. ★

ANZEIGE

PapyRossa Verlag | www.papyrossa.de

Basiswissen – kompakt, prägnant und kritisch

Conrad Schuhler
ALLES CHARLIE ODER WAS
Religionskritik – Meinungsfreiheit oder Schmähung?
111 Seiten | € 11,90
ISBN 978-3-89438-593-4

Conrad Schuhler fragt, auch unter Bezug auf Kant und Marx: Darf Satire sich unterschiedslos gegen religiöse Inhalte wenden? Darf sie eine Minderheit schmähen, deren Gegner nur auf Munition warten? Welche Rolle spielt der Umgang mit Religionen für die Hegemonie des Westens?

Wolf Wetzel
DER RECHTSSTAAT IM UNTERGRUND
Big Brother, NSU-Komplex und notwendige Illoyalität
218 Seiten | € 14,90
ISBN 978-3-89438-591-0

Wolf Wetzel untersucht untergründige Staatsaktivitäten: Aufrüstung im Innern bei andauerndem Ausnahmezustand und totaler Überwachung. Ein weiterer Strang: die Spur des NSU und die Rolle der Geheimdienste. Die Antwort lautet, zusammenfinden in der notwendigen Illoyalität.

Frank Deppe
DER STAAT
Basiswissen Politik / Geschichte / Ökonomie
118 Seiten | € 9,90
ISBN 978-3-89438-595-8

Frank Deppe behandelt den Begriff des ›modernen Staates‹ sowie die Grundzüge bürgerlicher und marxistischer Staatstheorien. Und er geht der Frage nach, wie die Widersprüche des globalen Finanzmarktkapitalismus und die Kämpfe gegen die Austeritätspolitik Funktion und Tätigkeit der Staaten beeinflussen.

In fünf Schritten zum Tarifvertrag

Ein guter Tarifvertrag verbessert Arbeit, Lohn und Leben. Aber wie kommt ein Tarifvertrag eigentlich zu stande? **Martin Teschendorf** und **Niko Michael Henes** haben die Schritte zu besseren Arbeitsbedingungen und höheren Löhnen für euren Tarifkampf zusammengestellt.

1. Friedenspflicht

Die Verhandlungen für einen neuen Tarifvertrag werden aufgenommen. Meistens geht einem Streik voraus, dass ein Tarifvertrag ausläuft oder gekündigt wird. In einem Tarifvertrag werden nicht nur Entgelte, also das was man verdient, geregelt: Sogenannte Manteltarifverträge beinhalten Regelungen wie Fortbildungen oder Altersteilzeit, die Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen einhalten müssen. Während der Gültigkeit eines Tarifvertrages gilt eine Friedenspflicht und es darf nicht gestreikt werden.
Wenn die Friedenspflicht endet und man seinen Tarifvertrag verbessern will, braucht man eine Gewerkschaft. Nur Gewerkschaften können mit den Arbeitgebern und Arbeitgeberinnen und ihren VertreterInnen einen Tarifvertrag aushandeln.

2. Warnstreik

Oft sind beide Seiten mit den ersten Verhandlungsergebnissen unzufrieden. Die Verhandlungen werden für gescheitert erklärt. Die Gewerkschaft zeigt, dass zur Durchsetzung ihrer Forderungen bereit ist, härtere Maßnahmen zu ergreifen, und ruft zu einem zeitlich begrenzten Warnstreik auf.

3. Schlichtung

Weil jede der beteiligten Arbeitskampfparteien zu einem Schlichtungsverfahren aufrufen darf, aber in der Regel beide Parteien zustimmen müssen, kann es zu einem Schlichtungsverfahren kommen. In diesem Fall gilt wieder eine Friedenspflicht für die beteiligten Akteure. Das Ergebnis dieser Schlichtung ist nicht bindend, sondern muss von beiden Seiten anerkannt werden.

4. Erzwingungsstreik

Werden die Verhandlungen zwischen ArbeitgeberInnenseite und ArbeitnehmerInnenseite endgültig für gescheitert erklärt, dann werden die Mitglieder der Gewerkschaft in einer Urabstimmung befragt, ob sie für oder gegen einen Streik sind. Sprechen sich 75 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder dafür aus, dann kommt es zu einem zeitlich unbegrenzten Streik. Er soll meist wirtschaftlichen Druck aufbauen, um eine Verbesserung der Verhandlungsposition zu erzwingen. Bei Streiks im Dienstleistungsbereich wie im Sozial- und Erziehungsdienst, ist die öffentliche Unterstützung sehr wichtig, um genügend Druck zu erzeugen. Deshalb heißt das Ganze dann auch Erzwingungsstreik.

5. Tarifvertrag

Nicht selten kommt nach einer gewissen Zeit ein neues Angebot des Arbeitgebers oder der Arbeitgeberin, für das in einer weiteren Urabstimmung 25 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder stimmen müssen. Haben diese sich für eine Annahme entschieden, kommt es zu einem neuen Tarifvertrag.

Illustration: Sebastian Rave

ANZEIGE

Blätter für deutsche und internationale Politik (Hg.)

MEHR GEHT NICHT!

Der Postwachstums-Reader

Alberto **Acosta** · Elmar **Altvater**
Maude **Barlow** · Ulrich **Brand**
Jayati **Ghosh** · David **Harvey**
Tim **Jackson** · Naomi **Klein**
Serge **Latouche** · Niko **Paech**
Vandana **Shiva** · Harald **Welzer**
und viele andere

Ab 26.10.2015 im Buchhandel
und auf www.blaetter.de

Von wegen Männerdomäne

In manchen Berufen und Hobbys braucht es eine Lupe, um unter all den Männern eine Frau zu finden. Völlig zu Unrecht, wie diese drei Frauen beweisen

Lise (25) ist Mitglied einer Metal-Band

Dass sie auf härtere Mucke steht, hat Lise früh gemerkt. Angefangen hat alles mit ihrem Kumpel Alex und dessen Freund Matze. Genau genommen in Matzes Keller. Dort stand ein Schlagzeug, Lise nahm sich eine Gitarre und die drei spielten einfach drauf los. Später stieß Martin dazu, ein weiterer Gitarrist. Mit der Thrash-Metal Band „Profet“ hat Lise schon viele Konzerte gegeben. Bühnenerfahrung sammelte sie bereits in der Schule: Mit dem Schulchor und in einer SchülerInnenband. Aber mit eigenen Texten und Songs aufzutreten ist schon etwas anderes, findet Lise. Sie sagt, ohne die Musik würde sie sehr unglücklich sein. Und, dass sie schon ihr ganzes Leben lang Musik macht. Auf der Bühne zu stehen und diesen Energie- und Adrenalinschub zu bekommen, während Menschen die eigenen Songs mitgrölen, ist für sie unbeschreiblich. Wie Leute reagieren, wenn sie erfahren, dass sie in einer Metal-Band spielt? Meistens interessiert, sagt sie, aber auch überrascht. Frauen im Metal sind eben noch eine Seltenheit. Dass auch mal sexistische Kommentare dabei sind – daran musste sie sich gewöhnen. Schade findet sie es, dass sie weniger Rückmeldungen von Frauen als von Männern bekommt. Und, dass Frauen im Metalbereich permanent latenten Diskriminierungen ausgesetzt sind. Leicht haben es Frauen im Metalbereich wirklich nicht: Lise muss Buddy sein, also einer der Dudes. Sie muss über alles lachen können, saufen und eine gewisse Attitüde mitbringen. Trotzdem muss sie Erwartungen erfüllen, die speziell an Frauen gestellt werden. Zum Beispiel vor einem Konzert die Beine rasieren. Lise hat gelernt, vorgeschriebenen Rollenbildern zu trotzen. Denn manchmal kann sie Leute so überraschen. Wie einmal auf einem Metalfestival. Da haben sich die Musiker per Handschlag begrüßt, wie das so üblich ist. Alle Bandmitglieder wurden begrüßt, bis auf Lise – obwohl sie direkt daneben stand. Sie gingen einfach nicht davon aus, dass sie zur Band gehört. Sie glaubten, sie ist die Freundin eines Bandmitglieds oder eine Merch-Lady. Lise dachte nur: Ihr werdet noch gucken, wenn wir spielen. Und so war es dann auch. ★

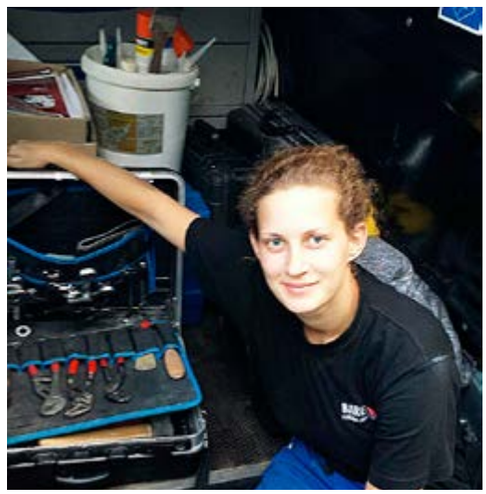
Text: Ramona Seeger

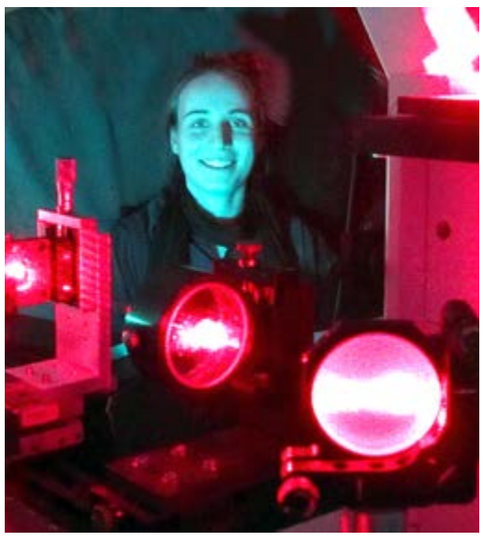
Fotos: Privat

Verena (22) ist Sanitäranlagenmechanikerin

Nach dem Abi stand für Verena fest, dass es in einen technischen Beruf gehen sollte. Den ganzen Tag am Computer sitzen? Eine Horrorvorstellung! Stattdessen wollte sie lieber praktisch arbeiten. Zunächst hatte sie Schwierigkeiten, einen Ausbildungsplatz im technischen Bereich zu finden. Bei über 20 Betrieben bekam sie eine Absage – oft schon bei der Abgabe der Bewerbung. Manchmal hieß es, Frauen könnten nicht eingestellt werden, weil es keine Frauentoiletten gäbe, oder, dass der Beruf zu schwer für Frauen wäre. Doch Verena gab nicht auf und fand schließlich einen Ausbildungsplatz als Anlagenmechanikerin für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik. Die Arbeitskollegen waren aufgeschlossen und freuten sich über die neue Erfahrung, mal eine Frau im Team zu haben. Aber nicht alle reagierten positiv. Kunden fragten sie oft, ob sie eine Praktikantin sei und ob die Arbeit nicht zu schwer für sie wäre. Ein Kunde weigerte sich sogar, den vollen Stundenlohn zu zahlen, weil eine Frau seiner Meinung nach nicht die gleiche Leistung wie ein Mann erbringen würde. Auch in der Berufsschule musste Verena beweisen, dass sie es nicht nur theoretisch mit den Männern aufnehmen kann. Zum Glück unterstützte sie ihr Chef. Der hat selber zwei Töchter und will den Frauenanteil im Betrieb erhöhen – wegen des besseren Arbeitsklimas. Mittlerweile hat Verena die Ausbildung mit Bestnoten beendet. An ihrem Beruf schätzt sie vor allem die Vielseitigkeit. Jetzt möchte die 22-Jährige ein Studium in Energietechnik und Ressourcenoptimierung beginnen. Ihr Fazit: Frauen sollten sich nicht davon abbringen lassen, einen technischen Beruf zu wählen. Auch, wenn es am Anfang ein steiniger Weg ist. ★

Text: Carla Dohmwirth





Ulrike (32) ist Biophysikerin

Ulrikes Weg in die Physik begann, weil sie in den Sternenhimmel schauen wollte. Als sie in ihrem Astrophysikstudium fast nur in den Computer schaute, begann sie ihre Wanderung durch viele Teilbereiche der Physik. Inzwischen leitet sie eine Forschungsgruppe am Max-Planck-Institut in Marburg und forscht an Einzelmolekülphysik und hochauflösender Fluoreszenzmikroskopie. Diese Techniken haben in den letzten Jahren die Lichtmikroskopie stark verändert: Es ist heute möglich, individuellen biologischen Molekülen bei der Arbeit zuzuschauen. Als Ulrike damit anfing, war die Technik nur wenige Jahre alt und es arbeiteten nur eine Handvoll Gruppen damit. Inzwischen sind es Hunderte Gruppen weltweit und letztes Jahr gab es einen Nobelpreis für dieses Forschungsgebiet. Einen Reiz macht für Ulrike die Vielseitigkeit aus. Ihre Arbeit umfasst physikalische Modellierung genauso wie praktische Laborbiologie. In ihrem Forschungsbereich arbeiten – für eine Naturwissenschaft – recht viele Frauen, doch die meisten verlassen die akademische Welt nach ihrer Dissertation. Ulrike ist an ihrem Institut nur eine von zwei Nachwuchsgruppenleiterinnen. Vorsätzliche Diskriminierung hat sie kaum erlebt, aber es gibt viele strukturelle Probleme. Um die gleiche Sichtbarkeit und Anerkennung zu erlangen, müssen Frauen oft stärker kämpfen. Die Frage, was sich an dem jetzigen System ändern sollte, um eine wissenschaftliche Karriere attraktiver zu machen, beantworten Frauen meist mit anderen Themenschwerpunkten als Männer. Vor allem, aber nicht nur für Frauen, ist die Zeit nach dem Doktortitel mit kurzen Arbeitsverträgen, häufigen Ortswechseln und viel zu wenigen Dauerstellen extrem unsicher. In Systemen mit planbaren und kalkulierbaren Karrierewegen hätte sie viel mehr Kolleginnen, glaubt Ulrike. ★

Text: Jakob Migenda

Illustration: Sebastian Rave

#netzfeminismus

Romina Schroetel erklärt euch die Stärken des Netzfeminismus, warum die anderen Medien der Zeit hinterher hinken und was sich noch ändern muss

Spätestens seit #aufschrei eine Debatte um immer noch bestehenden Sexismus in unserer Gesellschaft auslöste, geistert der Begriff Netzfeminismus durch die Medienlandschaft. Feminismus hat wieder an Relevanz gewonnen, und dass die Gleichberechtigung schon erreicht sei, wird in der öffentlichen Debatte zunehmend in Frage gestellt. Trotzdem ist der Netzfeminismus keine neue und eigenständige Bewegung. So wenig wie es einen einheitlichen Feminismus mit einheitlichen Forderungen gibt, so wenig gibt es „den“ Netzfeminismus. Inhalte und Forderungen sind so unterschiedlich wie eh und je. Der Begriff sagt nur aus, wo die Debatten, Aktionen und Vernetzung stattfinden: im Internet.

Dabei entstehen neue Formen, aber die Inhalte bleiben feministische Dauerbrenner wie sexuelle Selbstbestimmung oder ungerechte Bezahlung.

Neue Formen und alte Probleme

Aber in diesen Formen liegt auch die Stärke: nie war es so einfach, Menschen zu mobilisieren, sich selbst einzubringen und zu vernetzen. Dem Netzfeminismus wird vorgeworfen, auf unliebsame Positionen mit Shitstorms loszugehen. Das wird weder der Vielfalt an Aktionsformen gerecht, noch entspricht es den Tatsachen. Fakt ist, dass Frauen und besonders Feministinnen im Netz öfter und härter von Bedrohungen und Beleidigungen betroffen sind. Im Schutz der Anonymität im Internet sind die Angriffe sogar noch häufiger und heftiger.

Die Darstellung des Feminismus in den traditionellen Medien ist immer noch größtenteils ein Feminismus weißer Frauen. Homosexualität, Inter- und Transidentität kommen kaum vor. Begriffe wie Intersektionalität – die Überschneidung von Diskriminierungsformen wie Sexismus und Rassismus – sind fast gar nicht präsent, obwohl sie im Netz ein großes Thema sind.

Netzfeminismus kann Stimmen hörbar machen, die sonst untergehen und immer noch marginalisiert werden. Das konnte bisher leider noch nicht in die reale Welt übertragen werden. Es bleibt zu hoffen, dass dies noch passiert. ★

Romina studiert Theater- und Medienwissenschaft und Germanistik in Erlangen. Sie wohnt zwar nicht im Internet, übernachtet aber manchmal da.

Es gibt viele Seiten, Initiativen und Phänomene, die im Netz feministisch unterwegs sind. Wir haben euch eine Liste für eure feministischen Surfabenteuer zusammengestellt.

maedchenmannschaft.net
Ein feministisches BloggerInnen-Kollektiv, das selbst schreibt und Beiträge sammelt. Es gibt viele Links zu anderen feministischen deutsch- und englischsprachigen Blogs, Initiativen und Medien. Die MacherInnen thematisieren die Verknüpfung von Sexismus mit anderen Formen der Diskriminierung wie beispielsweise Rassismus.

#aufschrei
Ein Anfang 2013 bei Twitter gestarteter Hashtag, unter dem Erfahrungen mit Alltagssexismus mit der Netzgemeinde geteilt wurden. Anlass war das sexuell übergriffige Verhalten des FDP-Politikers Rainer Brüderle gegenüber einer Journalistin. Das Echo ist sowohl im Netz, als auch in den traditionellen Medien bisher unerreicht und wirkt bis heute nach.

onebillionrising.org
Eine über das Netz organisierte Aktion, die Gewalt gegen Frauen bekämpft. Der Name bezieht sich auf die Statistik, dass jede dritte Frau in ihrem Leben einmal geschlagen oder vergewaltigt wird – also mehr als eine Milliarde Frauen weltweit. Die Organisation veranstaltet beispielsweise Massendemonstrationen mit mehreren Millionen TeilnehmerInnen weltweit, die auch medial auf große Resonanz stoßen.

misstilly.de
Die MacherInnen dieser Seite empfanden die bestehenden Frauenmagazine als eine Beleidigung und gründeten dieses Webmagazin, das mehr will als die immer gleichen Themen wie Mode, Figurprobleme und Flirtratschläge abzuhandeln. Hier geht es auch um Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

pinkstinks.de
Pinkstinks ist eine Protestorganisation, die sich dem Kampf gegen Produkte, Werbe- und Medieninhalte verschrieben hat, für die Mädchen nur in Pink existieren und so Geschlechterrollen zementieren. Dabei nutzen sie Online-Protest-Formen und Petitionen.

speakerinnen.org
Auf dieser Datenbank können sich Frauen als Rednerinnen, Referentinnen & Moderatorinnen zur Verfügung stellen und dem nach wie vor unausgeglichenen Geschlechterverhältnis auf Konferenzen oder Tagungen entgegenwirken.

ANZEIGE

Elektrisierend:
nd digital für nur 9 €

Für Rechner, Smartphone oder Tablet!

Bei einem Traditionsblatt wie uns muss man ab und zu mal darauf hinweisen, wie sehr wir mit der Zeit gehen. Und neben der gedruckten Ausgabe täglich ein digitales Angebot ins Netz stellen, das es in sich hat. Allein das Webarchiv ist das Geld wert, doch es kommt noch besser:
Vier Wochen lang nd digital (Web, Archiv, ePaper, App) nur 9 Euro!* Elektrisiert? Dann los!

*Wenn Sie spätestens 7 Tage vor Ablauf der 4 Wochen kündigen, ist das Abo beendet. Andernfalls kostet es anschließend im Normaltarif € 20,00, ermäßigt € 12,70/ Monat.

Interesse? Dann anrufen unter (030) 29 78 18 00
Aboseite: neues-deutschland.de/online

neues deutschland
SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG
nd

Die 90er: Kultur der Alternativlosigkeit

Illustration: Surian Soosay, Collage: Sebastian Rave

Kaum ein Jahrzehnt hat so viel schlechte Musik hervorgebracht, wie die 90er. Malte Pannemann erklärt, warum der Neoliberalismus schuld daran ist und warum die 2000er nicht besser waren

Glaubte lange, dass ihm der Mauerfall zu verdanken ist: David Hasselhoff

Alles fing mit ein paar E-Mails an. Meine Bekannten hatten es sich angewöhnt, YouTube-Links unter ihre Mails zu kopieren. Kröten, die Menschen in den Finger beißen und anderer Stumpfsinn lenkten mich ab. Der ein oder andere Abend verflog so. Bald schwor ich Rache. Ich wollte auch YouTube-Links unter meine Mails kopieren. Aber nicht irgendwelche! 90er-Trash sollte es sein. Ein hinterhältiger Plan, andere unvorbereitet mit dem Plunder der Kulturindustrie dieser Zeit zu konfrontieren.

Daniel Aminati zum Beispiel. Heute moderiert er das Boulevardmagazin „taff“ und die Wissenssendung „Galileo“ (Galileo Galilei würde im Strahl kotzen, wenn er wüsste, wozu sein Name heute benutzt wird). Im Jahre 1994 unterstützte Daniel Aminati das Duo K2 bei dem Charterfolg Der Berg Ruft, einem wilden Mix aus Eurodance, Rock, Schlager und Reggae. Es muss einen betroffen machen, wenn man sich vor Augen führt, dass es damals eine Gold-Auszeichnung für den Hit gab. Eurodance ist sowieso das Format, unter dem man in den 90ern noch jeden Mist verbreiten konnte. Aber auch in anderen Genres sah es nicht rosig aus. Wer möchte Hyper, Hyper oder die Frage von H. P. Baxxter „How Much Is the Fish?“ schon als Alternative ausgeben. Von KünstlerInnen-Namen wie Blümchen oder Das Modul ganz zu schweigen.

Raves statt Revolution

Aus meinem hinterhältigen Plan wurde übrigens nichts. Statt meine Freunde zu nerven wurde ich als 90er-DJ angefragt. Doch warum sind die 90er eigentlich so schrecklich? Weil die Kulturindustrie uns mit dem Rigga Ding Dong Song oder I'm Blue (da ba dee) zuschaufelte, noch bevor wir anfangen konnten einen eigenen Sinn für Geschmack und Ästhetik zu entwickeln. Während der Neoliberalismus richtig Fahrt aufnahm, haben wir uns vom Drill Instructor Captain Jack einpeitschen lassen, kannten No Limit und dachten trotzdem I Wanna Be A Hippy. Die Musik früherer Jahrzehnte wollte die Welt noch verändern. Die Hippies wünschten sich Weltfrieden und der Rock´n´Roll kämpfte für die Freiheit vom konformistischen Spießertum. Die 90er hatten so etwas nicht zu bieten. Es schien nichts mehr zu geben für oder gegen das man hätte kämpfen können. Der real existierende Sozialismus war zusammengebrochen. Nur der Kapitalismus war übrig geblieben. Das Ende der Geschichte. „Anything Goes“ war das Motto und der Hightech-Sektor entwarf die wildesten Utopien, während sich die Dotcom-Blase mit heißer Luft füllte. Die Musik passte dazu. Meist elektronisch und ausschließlich auf Spaß und Unterhaltung ausgerichtet. Keine Inhalte, nichts zum Nachdenken, nichts was rebellisch gewesen wäre. Die größte Demonstration der 90er war die Loveparade und es wurde ein inhaltsleeres „Wir“-Gefühl erzeugt.

Ende der Musikgeschichte

Das Millennium änderte nichts daran. Deutschland sucht den Superstar und Big Brother laufen seitdem in Dauerschleife. Nr. 1 Hits werden nach Plan produziert. Diese Unterhaltungsindustrie mit ihren pseudodemokratischen Mitmachelementen („Jeder Anruf kostet 50 Cent“) läuft sich seit 15 Jahren tot. In der Politik sieht es kaum anders aus. Als 2007 der US-Hypothekenmarkt zusammenbrach, war klar, dass es nichts werden konnte mit dem Siegeszug des Kapitalismus. Die Krise dauert nun schon acht Jahre. Und doch sind unsere Gehirne weich gekocht von dem Trash, den die Kulturindustrie über unseren Köpfen ausleert. Die wenigsten von uns haben eine Idee, was den tief in der Krise steckenden Kapitalismus ablösen könnte.

90er Partys sind eine Art Gruppentherapie für unsere Generation. Wir setzen uns mit unserer Vergangenheit auseinander. Nur wenn wir zu unseren Jugendsünden (Atomic Kitten, Oli P., Right Said Fred) stehen, können wir auch mit Freude feststellen, wie wir uns entwickelt haben, wie wir uns von den Bravo-Hits emanzipierten und aufhörten, jeden Mist zu hören, nur weil er gerade in den Charts ist. Es ist ein Lernprozess gewesen, in dem wir uns mühsam erarbeiten mussten, nicht mehr alles mitzumachen. Es wäre jetzt an uns, eine eigene Kultur, eine eigene Musik und eine eigene Zukunftsperspektive zu entwickeln. Das muss drin sein! ★

Malte studiert Erziehungswissenschaft in Jena und hört gerne schlechte Musik.

ANZEIGE

Schattenwissenschaft beenden!

Aufgrund der chronischen Unterfinanzierung müssen Hochschulen ihre Haushalte immer mehr aus Drittmitteleinnahmen bestreiten. Mehr als 1,3 Milliarden Euro aus der gewerblichen Wirtschaft fließen mittlerweile an die Hochschulen – allerdings ohne dass die entsprechenden Verträge veröffentlicht werden müssen. Die zunehmende Verflechtung von Wirtschaft und Wissenschaft macht Lehrende und Studierende immer mehr zu Bittstellern, die die Interessen der großen Unternehmen bedienen müssen.

DIE LINKE fordert:
- komplette Aufhebung des Kooperationsverbots
- dauerhafte Mitfinanzierung der Hochschulen durch den Bund
- Offenlegung aller Drittmittelverträge zwischen Wirtschaft und Hochschulen
- umfassende Transparenzklauseln an den Hochschulen

Mehr Informationen unter: www.linksfraktion.de/themen/hochschulreform

DIE LINKE. IM BUNDESTAG

V.i.S.d.P. S. Wagenknecht, D. Bartsch

Illustration: Sebastian Rave

COOL COMMUNIST COCKTAIL PARTY

MOLOTOW-COCKTAIL

3 cl Erdbeersmoothie
1 cl Strohrum

Erdbeersmoothie in ein Schnapsglas gießen und darauf vorsichtig eine dünne Schicht Schnaps geben. Das Getränk anzünden und mit einem Strohhalm austrinken. Ein feuriger Genuss wie ‘68 in Westberlin!

KOBANÊ LIBRE

1 Glas Eistee
4 cl Kubanischer Rum
Eiswürfel und Zitrone

Starken schwarzen Tee aufbrühen und mit Zitronensaft und Zucker aromatisieren. Dann auf Eiswürfel gießen und schnell erkalten lassen. Anschließend Rum zugeben und kalt genießen. Was macht Salafisten Dampf? Alkohol und Klassenkampf!

IRISH CAR BOMB

1 Glas irisches Stout-Bier
1 Schnapsglas irischer Sahnelikör

Das Glas mit dem Sahnelikör in das Bier versenken und schnell austrinken. Eine Geschmacksexplosion, die nicht nur den britischen Imperialismus vertreibt!

R2G

1 Glas Kirschsaft
2 cl Kirschlikör
2 cl Pfeffi

Mit diesen zwei original Thüringer Likören gemischt ergibt Kirschsaft eine ganz spezielle rot-rot-grüne Koalition im Glas. Aber Vorsicht: R2G kann zu einem bösen Erwachen mit fiesem Kater führen.

WWW.CRITICA-ONLINE.DE

critica